

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Juni 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behrendt, Wolfgang (SPD)	1, 29	Oesinghaus, Günter (SPD)	37, 38
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	27, 28	Rehbock-Zureich, Karin (SPD)	59
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	33, 34	Reschke, Otto (SPD)	8, 9
Diller, Karl (SPD)	30, 31	Robbe, Reinhold (SPD)	55, 56
Erlar, Gernot (SPD)	48, 49	Rübenkönig, Gerhard (SPD)	39, 40
Freitag, Dagmar (SPD)	24	Dr. Schäfer, Hansjörg (SPD)	46, 47
Graf, Günter (Friesoythe) (SPD)	19, 20	Schily, Otto (SPD)	10, 11
Hagemann, Klaus (SPD)	32, 54	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	50, 51
Holzhüter, Ingrid (SPD)	35, 36	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	21, 45
Iwersen, Gabriele (SPD)	15, 16	Dr. Schnell, Emil (SPD)	41, 42
Janz, Ilse (SPD)	57, 58	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	2
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	13, 14	Sorge, Wieland (SPD)	22, 23
Kubatschka, Horst (SPD)	3, 60	Verheugen, Günter (SPD)	6, 7
Kühn-Mengel, Helga (SPD)	61, 62	Wallow, Hans (SPD)	12
Lehn, Waltraud (SPD)	52, 53	Westrich, Lydia (SPD)	43, 44
Lohmann, Klaus (Witten) (SPD)	25, 26	Wittich, Berthold (SPD)	17, 18
Lüth, Heidemarie (PDS)	5	Dr. Wolf, Winfried (PDS)	63
Mehl, Ulrike (SPD)	64, 65	Zierer, Benno (CDU/CSU)	4

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|--|
| <p>1. Abgeordneter
Wolfgang Behrendt
(SPD)</p> | <p>Wie weit sind die Planungen auf europäischer Ebene für den sog. European Pressurized Water Reactor (EPR) gediehen, und trifft es zu, daß die Bundesregierung für den EPR eine standortunabhängige Typengenehmigung in Erwägung zieht?</p> |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

- | | |
|---|--|
| <p>2. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)</p> | <p>Stellt die Bundesregierung Forschungsgelder zur Erforschung der Brennstoffzellentechnik zur Verfügung, und wenn ja, welche Summen?</p> |
| <p>3. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)</p> | <p>Inwieweit stellt die von der Bundesregierung mit rd. 1,4 Mio. DM geförderte dachintegrierte Photovoltaikanlage auf der Neuen Messe München eine besondere technologische Herausforderung dar (vgl. Antwort auf meine Frage 26 in Drucksache 13/7454), und welchen technologischen Erkenntnisgewinn erwartet die Bundesregierung durch diese Anlage?</p> |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|--|---|
| <p>4. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)</p> | <p>Trifft nach Kenntnis der Bundesregierung der Bericht in der Rheinischen Post vom 10. Juni 1997 zu, nach dem sich die Koalition verabredet hat, die Leistungen für Reha-Kuren um 1,4 Mrd. DM aus Mitteln der Rentenversicherung aufzustocken?</p> |
|--|---|

5. Abgeordnete
**Heidemarie
Lüth**
(PDS)
- Entspricht es der geltenden Rechtslage, daß einem Arbeitslosen, der sich mehr als 18 Stunden pro Woche einer ehrenamtlichen Tätigkeit widmet, das Arbeitslosengeld mit der Begründung gestrichen werden kann, er stehe nicht mehr zur schnellen Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung (vgl. „Oschatzer Allgemeine“ vom 6. Juni 1997), und sieht die Bundesregierung insoweit Handlungsbedarf, um das ehrenamtliche Engagement Arbeitsloser besser zu fördern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

6. Abgeordneter
**Günter
Verheugen**
(SPD)
- Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung eine vollkommen fertige, detaillierte Raumplanung für ein neues Funkhaus der Deutschen Welle, die vollständig an die Gegebenheiten des Bonner Schürmann-Baus angepaßt ist?
7. Abgeordneter
**Günter
Verheugen**
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß der geplante Bau des Posthochhauses in der Grounau parallel zu der Fertigstellung des Bonner Schürmann-Baus und der Unterbringung der Deutschen Welle durchgeführt werden kann, und wann wird der Architekten-Wettbewerb für den Neubau des Posthochhauses abgeschlossen sein?
8. Abgeordneter
**Otto
Reschke**
(SPD)
- Wann wird die vom Bundeskabinett im März 1997 beschlossene Prüfung von Alternativstandorten für die vorübergehende oder endgültige Unterbringung der Deutschen Welle in Berlin oder Leipzig abgeschlossen sein, und wann wird das Bundeskabinett, wie vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, am 23. April 1997 im Deutschen Bundestag angekündigt, über den zukünftigen Standort der Deutschen Welle endgültig entscheiden?
9. Abgeordneter
**Otto
Reschke**
(SPD)
- Ist inzwischen ein Vertrag mit dem Architekten Schürmann für die Weiterbauplanungen der Obergeschosse am Bonner Schürmann-Bau von beiden Seiten rechtsgültig unterschrieben worden, und wenn nein, warum nicht?

10. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Wurde inzwischen, wie vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am 12. März 1997 im Deutschen Bundestag angekündigt, die Klageschrift zur Geltendmachung der durch das Hochwasser 1993 eingetretenen Schäden des Bundes am Bonner Schürmann-Bau fertiggestellt, und wann wird die Klage gegen die als Schädiger angesehene holländische Baufirma eingereicht?
11. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Wie ist der Stand der Vergleichsverhandlungen mit den Baufirmen, die Forderungen an den Bund wegen erbrachter, aber durch das Hochwasser zerstörter Leistungen am Schürmann-Bau gerichtet haben, und wann rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluß der Verhandlungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

12. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche konkreten Maßnahmen und Projekte plant die Bundesregierung derzeit hinsichtlich des zukünftigen Ausbaus der Bundesstadt Bonn als Nord-Süd-Zentrum, und wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, einen Beauftragten für den Ausbau des Nord-Süd-Zentrums zu installieren?
13. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Wie hat sich die Anzahl der Projektverwaltungs-
büros der Deutschen Gesellschaft für Technische
Zusammenarbeit (GTZ) GmbH in der Zeit von
1985 bis 1997 entwickelt?
14. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, damit die noch bestehenden hohen Effizienzreserven bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH im Hinblick auf eine größere Wirtschaftlichkeit und auf Einsparungen besser ausgeschöpft werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

15. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- Wie kann die Bundesregierung gewährleisten, daß die bahnpolizeilichen Aufgaben wie die Verhütung und Aufklärung von Straftaten und Unfällen im friesisch/ostfriesischen Raum weiterhin in vollem Umfang wahrgenommen werden können, wenn durch die BGS-Reform II im Nordseeküstenraum zwischen dem Landkreis Wittmund und der Elbe die BGS-Bahnpolizei in einer einzigen Inspektion mit Sitz in Cuxhaven unter Schließung des Bahnpolizeipostens Wilhelmshaven organisiert werden soll?
16. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihr Organisationsmodell im Rahmen der BGS-Reform II zu überdenken mit dem Ziel, die Strecke Wilhelmshaven – Oldenburg – Bremen einer einzigen Inspektion zuzuordnen, damit Wilhelmshaven als Dienst Einsatzort genutzt werden kann und der für Gefahrguttransporte so wichtige Bahnhof Sande auch weiterhin einer regelmäßigen Kontrolle unterliegt?
17. Abgeordneter
Berthold Wittich
(SPD)
- Hat der Leiter des Grenzschutzpräsidiums Mitte in seiner Meldung vom Januar 1997 bezüglich des Investitionsbedarfs für den BGS-Standort Bad Hersfeld vermerkt, daß inzwischen die Summe von 36,6 Mio. DM seitens des Staatsbauamts deutlich nach unten korrigiert und zur Prüfung an die Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main weitergeleitet worden war?
18. Abgeordneter
Berthold Wittich
(SPD)
- Ist das Bundesministerium des Innern bereit, die „Standortrelevanten Kriterien für die Auswahl von Liegenschaften künftiger Einsatzverbände des BGS“ wegen einer Vielzahl von gravierenden Fehlern zurückzunehmen, um durch eine Korrektur der Entscheidungsgrundlage ein transparentes Verfahren zu ermöglichen, das auf objektiven Daten basiert und an einheitlichen Kriterien ausgerichtet ist?
19. Abgeordneter
Günter Graf (Friesoythe)
(SPD)
- Trifft es zu, daß nachfolgende Verbandsstandorte des Bundesgrenzschutzes in Bayern von einer Komplettauflösung – den Überlegungen des Bundesministeriums des Innern zufolge – nicht betroffen sein sollen, und zwar
- Rosenheim,
 - Deggendorf,
 - Bayreuth,
 - Oerlenbach?

- | | |
|---|---|
| 20. Abgeordneter
Günter
Graf
(Friesoythe)
(SPD) | Wenn ja, welche sachlichen Überlegungen haben zu dieser Entscheidung geführt? |
| 21. Abgeordneter
Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD) | Ist es richtig, daß die Bundesregierung im Rahmen der anstehenden Neustrukturierung des Bundesgrenzschutzes (BGS) einen Rückzug aus dem ländlichen Raum – etwa der Südpfalz – plant, und wenn ja, wer übernimmt die Aufgaben, die derzeit vom BGS – etwa bei der Bahnpolizei – wahrgenommen werden, in Zukunft? |
| 22. Abgeordneter
Wieland
Sorge
(SPD) | Wie will sich die Bundesregierung zukünftig an dem Erhalt der Sportanlagen in Berlin beteiligen, denen eine besondere Bedeutung und Funktion für die Hauptstadt zukommt? |
| 23. Abgeordneter
Wieland
Sorge
(SPD) | Wie fügt die Bundesregierung ihr Engagement für die Sportstätten in Berlin in das Gesamtkonzept zur Sanierung der Sportanlagen in den neuen Bundesländern ein? |
| 24. Abgeordnete
Dagmar
Freitag
(SPD) | Durch welche Fördermaßnahmen hat die Bundesregierung den „Initiativkreis Wirtschaft und Sport“ unterstützt? |
| 25. Abgeordneter
Klaus
Lohmann
(Witten)
(SPD) | Warum ist bislang noch kein Termin vereinbart worden, um die Ergebnisse des „Runden Tisches von Sport und Wirtschaft“ vom 13. Februar 1996 verabredungsgemäß nach einem Jahr zu bewerten? |
| 26. Abgeordneter
Klaus
Lohmann
(Witten)
(SPD) | Welchen Anteil hat der Bundeskanzler an den Ergebnissen des „Runden Tisches“ vom 13. Februar 1996 und an dem Nichtzustandekommen der Überprüfungsrunde? |
| 27. Abgeordneter
Friedhelm Julius
Beucher
(SPD) | Durch welche Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die Ehrenamtsstruktur in den Sportorganisationen, zu der sie sich am „Runden Tisch“ verpflichtet hat? |

28. Abgeordneter
**Friedhelm Julius
Beucher**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse des „Initiativkreises Wirtschaft und Sport“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordneter
**Wolfgang
Behrendt**
(SPD)
- Wie viele Wohnungen und Häuser, die im Besitz des Bundes sind, sind z. Z. in Berlin nicht vermietet, und wie lange ist die durchschnittliche Dauer des Leerstandes?
30. Abgeordneter
**Karl
Diller**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die sog. Platzhalterlösung für die Lufthansa-Aktien des Bundes bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wegen der Kapitalmarktfinanzierung durch die KfW wirtschaftlich einer Kreditaufnahme durch den Bund gleichkommt und insoweit auch in die Kreditobergrenze nach Artikel 115 Grundgesetz einzubeziehen ist?
31. Abgeordneter
**Karl
Diller**
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung ggf. eine andere Auffassung?
32. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Bis wann sollen für die von der Bundesregierung betriebene Veräußerung der Deutschen Eisenbahn Wohnungsgesellschaft (EWG) mbH und deren Tochterunternehmen Siedlungsgesellschaft für das Verkehrspersonal (SIEGE) Mainz jeweils die Wertermittlung, die Festlegung der zu verkaufenden Anteile und die Ausschreibung abgeschlossen sowie konkrete Verkaufsverhandlungen mit Kaufinteressenten aufgenommen werden, und in welcher Größenordnung sollen aus dem Verkauf von Anteilen dieser Wohnungsbaugesellschaften Einnahmen für den Bundeshaushalt erzielt werden?
33. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)**
(SPD)
- In welchem Zusammenhang steht die lt. DER SPIEGEL Nr. 24/1997 vorgenommene Anweisung des Bundeskanzlers an den Bundesminister der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, alle Pläne fallenzulassen, Rückstellungen der Energiewirt-

schaft für den Bau eines atomaren Endlagers künftig zu versteuern, mit der lt. „Handelsblatt“ vom 9. Juni 1997 geplanten Absicht der Bundesregierung, noch in diesem Jahr alle Liegenschaften des Bundes an einen einzigen Großinvestor aus der Energiewirtschaft für rd. 5 Mrd. DM zu veräußern?

34. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)**

Wie will die Bundesregierung begründen, daß durch einen solchen „Deal“ der Bund kurzfristig zwar 5 Mrd. DM einnehmen, gleichzeitig aber lt. DER SPIEGEL auf 3,5 Mrd. DM Steuereinnahmen verzichten und damit Bundesvermögen zu einem realen „Schleuderpreis“ von 1,5 Mrd. DM veräußern würde?

35. Abgeordnete
**Ingrid
Holzhüter
(SPD)**

Wie ist der gegenwärtige Stand der Übergabe des Olympiastadions an das Land Berlin und der Stand der Überlassungs- und Sanierungsvereinbarung mit dem Senat von Berlin?

36. Abgeordnete
**Ingrid
Holzhüter
(SPD)**

Welche Nutzung beabsichtigt die Bundesregierung für das Gesamtareal des Reichssportfelds und seiner Liegenschaften, und wie ist der gegenwärtige Vereinbarungsstand mit dem Senat von Berlin?

37. Abgeordneter
**Günter
Oesinghaus
(SPD)**

Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Deutschen Post AG über den Verkauf eines Teiles der Liegenschaft des Bundes an der Kurt-Schumacher-Straße in Bonn, und wann ist mit dem Abschluß der Verhandlungen und dem Verkauf des Grundstücks an die Deutsche Post AG, die dort ein neues Hochhaus errichten will, zu rechnen?

38. Abgeordneter
**Günter
Oesinghaus
(SPD)**

Knüpft die Deutsche Post AG irgendwelche Bedingungen an den Kauf des für das geplante Posthochhaus in Frage kommenden Grundstücksteils auf dem Gelände des Schürmann-Baus, die im Zusammenhang mit der Unterbringung der Deutschen Welle stehen?

39. Abgeordneter
**Gerhard
Rübenkönig
(SPD)**

Wie hoch war der Anteil der jeweils bis Ende April abgeflossenen Investitionsausgaben 1995, 1996 und 1997 – gemessen am Sollbetrag der gesamten Investitionsausgaben im jeweiligen Haushaltsjahr?

40. Abgeordneter
**Gerhard
Rübenkönig**
(SPD)
- Wie hoch waren die jeweiligen Anteile Ende Mai?
41. Abgeordneter
**Dr. Emil
Schnell**
(SPD)
- Aus welchen zwingenden Gründen hat die Bundesregierung ihren Anteil an der gemeinnützigen Deutschen Wohnungsbaugesellschaft mbH (Deutschbau), dessen Veräußerung im Haushaltsplan 1997 nicht vorgesehen ist, verkauft, ohne die für einen solchen Fall gemäß § 65 Abs. 7 der Bundeshaushaltsordnung grundsätzlich als Voraussetzung vorgeschriebene Einwilligung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates einzuholen?
42. Abgeordneter
**Dr. Emil
Schnell**
(SPD)
- Wann und in welcher Form sollen Deutscher Bundestag und Bundesrat gemäß § 65 Abs. 7 der Bundeshaushaltsordnung von der Veräußerung unterrichtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

43. Abgeordnete
**Lydia
Westrich**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundeswehr im Rahmen einer sog. „historischen Offiziersweiterbildung“ im Juni 1997 in der Gemeinde Schindhard bei Dahn im Landkreis Südwestpfalz drei historische Flugzeuge für die Offiziersanwärter in Richtung Schindhard starten ließ, die den Tag über die Gemeinde überflogen, originalgetreue Flugblätter vom 5. April 1945 abwarfen, auf denen u. a. zu lesen war: „Vorbereitungen auf den Endsturm in Berlin“ (s. Rheinpfalz vom 11. Juni 1997)?
44. Abgeordnete
**Lydia
Westrich**
(SPD)
- Entspricht es der üblichen Praxis, die örtlichen Behörden und die Bewohner vorher nicht über solche Aktionen in Kenntnis zu setzen, und werden die Bürger dieser im Zweiten Weltkrieg extrem stark betroffenen Grenzregion von der Bundesregierung zu ihrer Reaktion befragt?

45. Abgeordneter
Heinz Schmitt (Berg)
(SPD)
- Wie hoch sind die Kosten für die Durchführung der historischen Offiziersweiterbildung, und hat die Bundesregierung ein Mitspracherecht bei der Offiziersausbildung und deren Inhalten?
46. Abgeordneter
Dr. Hansjörg Schäfer
(SPD)
- Ist die historische Offiziersweiterbildung generell Bestandteil des regulären Weiterbildungsprogrammes für Offiziersanwärter, und welcher Zweck wird mit der historischen Offiziersweiterbildung verfolgt?
47. Abgeordneter
Dr. Hansjörg Schäfer
(SPD)
- Liegt eine Auswertung des Manövers vom 5. und 6. Juni 1997 der Logistik-Brigade 2 aus Germersheim vor, und was ist der Bundesregierung an Reaktionen der betroffenen Soldaten bekannt?
48. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Zu welchen genauen Zeitpunkten haben die Kommandeure der Bundeswehreinheiten, die an „Restore Hope“ in Somalia beteiligt waren, sowie die Bundeswehrführung erstmals von den kanadischen und italienischen Übergriffen vor Ort erfahren, die jetzt in der Öffentlichkeit debattiert werden?
49. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat der Bundesminister der Verteidigung in Kenntnis der jetzt erhobenen Vorwürfe gegen Beteiligte der italienischen und kanadischen Mission in Somalia bisher ergriffen, und wann hat er das getan, um definitiv ausschließen zu können, daß im Zusammenhang mit dem deutschen Beitrag zu UNISOM Berichte auftauchen könnten, die Untersuchungen nach sich ziehen müßten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

50. Abgeordneter
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß lt. Ärzte-Zeitung vom 12. Juni 1997 das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte auf Intervention des Bundesfachverbandes der Arzneimittelhersteller auf sein

ursprüngliches Vorhaben verzichtet, im Bundesanzeiger ein Verzeichnis derjenigen Altarzneimittel zu veröffentlichen, deren Nachzulassungsanträge nach § 105 des Arzneimittelgesetzes zurückgewiesen werden sollen, weil ihre Wirksamkeit nicht belegt ist?

51. Abgeordneter
**Horst
Schmidbauer
(Nürnberg)**
(SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung ohne das Instrument des veröffentlichten Altarzneiverzeichnisses im Interesse eines konsequenten Verbraucherschutzes sicherzustellen, daß die Bevölkerung mit wirksamen und therapeutisch unbedenklichen Arzneimitteln versorgt werden kann?

52. Abgeordnete
**Waltraud
Lehn**
(SPD)

Ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß seit dem 1. Januar 1997 die Krankenkassen nur noch Geburtsvorbereitungskurse bezahlen, die von Hebammen durchgeführt werden, während die Kosten für Kursangebote anderer Anbieter nicht mehr übernommen werden?

53. Abgeordnete
**Waltraud
Lehn**
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß als Folge davon eine flächendeckende Versorgung nicht mehr gewährleistet ist und nur noch Eltern, die über eine hohe Mobilität verfügen und es sich finanziell erlauben können, Geburtsvorbereitungskurse ihrer Wahl besuchen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

54. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß durch die mit der Bahnreform vorgenommene gesetzliche Neuregelung des Eisenbahnwesens die bisher von der Deutschen Bahn AG wahrgenommenen Aufgaben des Brandschutzes entlang der Bahngleise den Kommunen übertragen werden, und demzufolge die Kommunen finanzielle Mittel für die Ausstattung ihrer Feuerwehren und die Schulung des Feuerwehrpersonals bereitstellen müßten?

55. Abgeordneter
**Reinhold
Robbe**
(SPD)

Ist es richtig, daß der Berichtsentwurf der Firma Kienbaum zum „Untersuchungsbereich Mittelinstanz – Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen“ vorliegt (s. Ostfriesen-Zeitung)?

56. Abgeordneter
Reinhold Robbe
(SPD)
- Wann wird den Abgeordneten des Deutschen Bundestages dieser Bericht vorgelegt, und ist es richtig, daß eine Empfehlung im Bericht enthalten ist, die bisherigen Direktionen von sieben auf fünf zu reduzieren?
57. Abgeordnete
Ilse Janz
(SPD)
- Wann plant der Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, seiner eigenen Ankündigung anläßlich der Pressevorstellung der SPD-Position vom 5. Mai d. J. nachzukommen, gemäß der er „in Kürze“ ein Konzept für die Neugestaltung der deutschen Schifffahrtspolitik vorlegen wollte?
58. Abgeordnete
Ilse Janz
(SPD)
- Wann plant der Bundesminister für Verkehr steuerliche Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung einer Tonnagesteuer und die Reduzierung der Lohnsteuer für deutsche Seeleute, um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Seeschifffahrt im internationalen Wettbewerb zu erhalten?
59. Abgeordnete
Karin Rehbock-Zureich
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung – insbesondere im Hinblick auf die finanziellen Engpässe im Bundesverkehrshaushalt – die Möglichkeit, die derzeitigen Planungen für eine vierspurige Autobahn-Verbindungsspange B 535 zwischen Schwetzingen und Plankstadt derart zu modifizieren, daß eine weitaus günstigere und deshalb rascher zu realisierende zweispurige Umgehungsstraße in dem oben beschriebenen Bereich bewerkstelligt werden kann?
60. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung dem Bundesamt für Naturschutz zu, das als eine von sechs „Maßnahmen zur Vermeidung von katastrophalen Hochwassern“ ausdrücklich die „Vermeidung des weiteren Staustufenbaus an allen deutschen Flüssen und Strömen“ gefordert hat, und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die bestehenden Überlegungen zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen mittels Staustufen?
61. Abgeordnete
Helga Kühn-Mengel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Novellierung der Straßenverkehrsordnung vorzusehen, daß sog. „echte“ Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr geöffnet werden können, wie dies im Rahmen des Projektes „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen“ bereits erfolgreich erprobt worden ist?

62. Abgeordnete
**Helga
Kühn-Mengel**
(SPD)
- Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für sachdienlich, um den spezifischen Gefahren von Frauen beim Parken in Parkhäusern und auf öffentlichen Parkplätzen durch die Einrichtung spezieller Frauenparkplätze zu begegnen?
63. Abgeordneter
**Dr. Winfried
Wolf**
(PDS)
- Gibt es Regelungen, die für Schienenfahrzeuge analog den für Straßenfahrzeuge geltenden Regeln einen Standardbetriebszyklus (Anfahren und Bremsen bei bestimmten mittleren Halteabständen, Mix verschiedener Fahrgeschwindigkeiten, Steigungsverhältnisse, Besetzungsgrade u. ä. Parameter) festlegen für die Messung des Energieverbrauchs, gemessen in kWh pro Wagenkilometer oder Platzkilometer o. ä., und wenn nein, hält die Bundesregierung die Einführung solcher Normangaben und eine Verpflichtung zur Angabe der so ermittelten Verbrauchswerte für sinnvoll, um im Interesse einer Senkung des Energieverbrauchs zur Schonung der Umwelt eine Vergleichbarkeit herzustellen?
64. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Welche Umstrukturierungen plant die Bundesregierung bei der Umsetzung des Patentwesens STCW (STANDARD MINIMUM REQUIREMENTS FOR CERTIFICATION AND WATCH-KEEPING OF NAUTICAL AND TECHNICAL PERSONAL ON SEAGOING SHIPS INCLUDING SUPPORT LEVEL, OPERATION LEVEL AND MANAGEMENT LEVEL) in bezug auf die jetzigen Patentinhaber, und sind Übergangsvorschriften vorgesehen?
65. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Wie lauten die Empfehlungen des Bundesseeverkehrsbeirats an die Bundesregierung, und wie sollen diese umgesetzt werden?

Bonn, den 20. Juni 1997

